

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreuungsgeld abschaffen – Bundesratsinitiative unterstützen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, der Gesetzesinitiative der Landesregierungen von Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zur Aufhebung des Gesetzes zur Einführung des Betreuungsgeldes im Bundesrat zuzustimmen.

Begründung:

Die große Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner sowie der Mitglieder dieses Parlaments halten das Betreuungsgeld für einen Irrweg, wenn es darum geht mehr Chancengerechtigkeit für Kinder und Familien zu erreichen

Berlin braucht einen weiteren Ausbau von Kitaplätzen, gute Qualität in der fröhkindlichen Bildung und mehr Fachkräfte, um den Familien ein bedarfsgerechtes Angebot bereitstellen zu können. Kinder haben ein Recht auf eine gute fröhkindliche Bildung; Familien haben ein Recht auf Unterstützung bei der Umsetzung ihrer jeweiligen Lebensplanungen durch eine verlässliche und ausreichende Kinderbetreuung. Alle verfügbaren staatlichen Mittel sollten diesen Zielen dienen, deshalb ist es nicht zu verantworten, Steuergelder aufzuwenden, um Kinder von der fröhkindlichen Bildung und Eltern von Berufstätigkeit und Aktivitäten der gesellschaftlichen Teilhabe fernzuhalten. Die Einführung des Betreuungsgeldes sollte deshalb

schnellstens gestoppt werden, bevor es seine negative Wirkung entfalten kann und sinnlos eine Bürokratie zu seiner Umsetzung aufgebaut wurde.

Berlin, den 19. März 2013

Pop Kapek Burkert-Eulitz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen